

Erziehungsgeld für Mütter und Väter: **Entscheidender Durchbruch für die Familie**

Im Deutschen Bundestag ist am Donnerstag, 14. November 1985, mit den Stimmen von CDU, CSU und FDP in 2. und 3. Lesung das Gesetz über die Gewährung von Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub verabschiedet worden. Die Einführung dieses Gesetzes ist ein entscheidender Durchbruch in der Familienpolitik. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird Müttern und Vätern, die während der ersten Lebensphase ihrer Kinder auf Erwerbstätigkeit verzichten, ein Erziehungsgeld gezahlt. Einzelheiten auf Seite 2.

HEUTE LESEN SIE:

- **MENSCHENRECHTE**
Wortlaut des Briefes von Heiner Geißler an das Nobelpreis-Komitee (Seite 5)
- **CDU**
Berichte von den Landesparteitagen der CDU-Landesverbände Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz (Seiten 15—18)
- **DOKUMENTATION**
Frieden — Freiheit — Sicherheit
Grundlagen unserer Außen-, Deutschland- und Sicherheitspolitik (Auszüge aus Reden von Bundeskanzler Helmut Kohl)

grüner Teil

Rentenfinanzen bis 1990 gesichert

Die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist auch bei vorsichtiger Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung nach den Berechnungen des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) zufolge bis 1990 gesichert.

Wie der Vorstandsvorsitzende Doetsch mitteilte, setzt diese optimistische Aussage allerdings voraus, daß der Rentenversicherung in diesem Zeitraum keine neuen Verpflichtungen aufgebürdet würden. In diesem Jahr benötigen die Rentenversicherungen keine Bundesdarlehen, um die Renten zahlen zu können, betonte Doetsch. Ursache hierfür sei die „unerwartet günstige Entwicklung der Beitragseinnahmen“. Dies wiederum sei nicht zuletzt auf die Zunahme der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer um 160 000 in diesem Jahr zurückzuführen. Eigene Berechnungen hätten ergeben, daß aufgrund der politischen Entscheidungen (Beitragssatzanhebung, Erhöhung des Krankenversicherungsbeitrages der Rentner, zusätzlicher Bundeszuschuß) die Mindestreserve von einer Monatsausgabe bis 1990 nicht unterschritten werde (siehe auch Seite 19; Flugblatt zur Sache).

Das sind die wichtigsten Einzelheiten

1. Ab dem 1. Januar 1986 erhalten alle Mütter oder Väter, deren Kinder nach dem 31. Dezember 1985 geboren werden, ein monatliches Erziehungsgeld von 600 Mark. Dies gilt zunächst für die Dauer von zehn Monaten, ab 1988 für 12 Monate.

2. Das Erziehungsgeld wird auch für Hausfrauen und Selbständige gezahlt.

3. Alle Mütter oder Väter erhalten das Erziehungsgeld sechs Monate in voller Höhe, ab dem 7. Monat wird es gemindert, wenn das Einkommen bei Verheirateten 29 400 Mark und bei anderen Berechtigten 23 700 Mark übersteigt. Diese Beträge erhöhen sich um 4 200 Mark für jedes weitere Kind des Berechtigten.

4. Für alle Mütter, deren Kinder vor dem 1. Januar 1986 geboren werden, gelten die Regelungen des Mutterschaftsurlaubsge setzes.

5. Erziehungsgeld wird nur dann gezahlt, wenn der Berechtigte auf eine volle Erwerbstätigkeit verzichtet, um sein Kind in der ersten Lebensphase selbst zu betreuen. Dazu wird ein Erziehungsurlaub von zunächst zehn Monaten, später von zwölf Monaten eingeführt. Teilzeitarbeit unter 20 Stunden ab dem dritten Monat nach der Geburt ist davon ausgenommen.

6. Der Erziehungsurlaub ist mit einer Beschäftigungsgarantie verbunden. Das Arbeitsverhältnis bleibt während des gesamten Zeitraums des Erziehungsurlaubs bestehen.

7. Erziehungsgeld wird zusätzlich zur Sozialhilfe gezahlt. So erhalten alleinstehende Mütter den vollen Regelsatz für sich und ihr Kind, zusätzlich Mietkostenerstattung und das Erziehungsgeld. Die Länder haben gefordert, diese Regelungen auch auf ein sich anschließendes Landeserziehungsgeld auszudehnen.

Dem hat die Bundesregierung zugestimmt.

8. Das Erziehungsgeld wird nicht auf die Arbeitslosenhilfe angerechnet.

9. Dagegen wird das Erziehungsgeld nicht neben dem Arbeitslosengeld gezahlt. Mit dem Antrag auf Erziehungs geld wird der Anspruch auf Arbeitslosengeld ausgesetzt. Dieser Anspruch bleibt aber erhalten und lebt nach der Zeit des Erziehungsgeldbezuges wieder auf. Die Zeit, in der Erziehungsgeld bezogen wurde, wird wie eine Beschäftigungszeit gewertet und kann damit einen weiteren Anspruch auf Arbeitslosengeld begründen.

10. Der Arbeitnehmer muß den Erziehungsurlaub spätestens vier Wochen vor dem Zeitpunkt, von dem ab er ihn in Anspruch nehmen will, beim Arbeitgeber anmelden und die von ihm gewünschte Dauer des Erziehungsurlaubs mitteilen.

11. Die Landesregierungen bestimmen die für die Ausführung des Gesetzes zuständigen Behörden. Die Bundesanstalt für Arbeit kann befristet bis zum 31. 12. 1988 auf Ersuchen die Durchführung des Gesetzes übernehmen. Die näheren Einzelheiten sind durch allgemeine Verwaltungsvorschriften zu regeln.

Die Fraktionen von CDU/CSU und FDP werden einen Antrag stellen, die Zahlung von Erziehungsgeld und Kindergeld den Finanzämtern zu übertragen.

12. Im Beamtenversorgungsgesetz werden sechs Monate des Erziehungsurlaubs als ruhegehaltsfähig anerkannt, für die restlichen vier, bzw. sechs Monate wird kein Versorgungsabschlag vorgenommen.

Wichtig für werdende Mütter und Väter

Allen werdenden Müttern oder Vätern, deren Kinder nach dem 31. Dezember

Lebensbedingungen für den Wald wurden entscheidend verbessert

Das Bundeskabinett hat am 30. Oktober 1985 den vom Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vorgelegten Waldschadensbericht 1985 sowie den von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann vorgelegten Bericht, der zu den Empfehlungen des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen im Gutachten „Waldschäden und Luftverunreinigungen“ Stellung nimmt, gebilligt. Dazu erklärte der Parlamentarische Staatssekretär Carl-Dieter Spranger vor der Bundespressekonferenz:

Die Ergebnisse der diesjährigen Waldschadenserhebung widerlegen die, die der Bevölkerung immer wieder einzureden versuchen, daß der Wald nicht mehr zu retten sei. Die geschädigte Waldfläche hat gegenüber dem letzten Jahr nur noch geringfügig zugenommen. In vielen Gebieten hat sich die Schadenssituation sogar verbessert.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich zweierlei: Eine ständige Verschlechterung des

1985 geboren werden, steht ein Erziehungsurlaub von zehn Monaten zu. In den ersten acht Wochen nach der Geburt hat die junge Mutter normalen Mutter- schutz, will sie oder der Vater das Baby weitere acht Monate selbst betreuen, so muß das dem Arbeitgeber spätestens vier Wochen nach der Geburt mitgeteilt werden. Auch von der gewünschten Dauer des Erziehungsurlaubs muß der Arbeitgeber unterrichtet werden. Diese Vereinbarung ist verbindlich und kann nur mit Zustimmung des Arbeitgebers geändert werden. ■

Zustands der Wälder ist kein Naturgesetz. Eine Erholung von schwach geschädigten und sogar auch von stärker geschädigten Bäumen ist möglich. Andererseits darf nicht verkannt werden, daß das Schadensniveau mit knapp 52% der Waldfläche hoch ist und daß die leichte Zunahme der Waldschäden ausschließlich im Bereich der mittleren und starken Schäden liegt. Dies ist keine Situation, mit der wir uns zufrieden geben.

Die Luft wird sauberer

Daß die Bundesregierung mit ihrer konsequenten und intensiven Luftreinhaltepolitik bereits wesentliche Voraussetzungen für die Erhaltung unseres Waldes geschaffen hat, wird durch das Gutachten „Waldschäden und Luftverunreinigungen“ des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen bestätigt; die Maßnahmen der Bundesregierung, insbesondere zur Reinhaltung der Luft, gehen sogar noch über dessen Empfehlungen hinaus:

1. Zur Reduzierung der Schwefeldioxid-Emissionen hat die Bundesregierung die TA Luft (Teil 2), die Großfeuerungsanlagen-Verordnung, die Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes sowie die Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen erlassen. Außerdem ist die umfassende Novelle zur TA Luft (Teil 3) von der Bundesregierung verabschiedet worden. Der Bundesrat hat der Änderung bereits zugestimmt.

Bei den Großfeuerungsanlagen wird bis spätestens 1993 der Jahresausstoß an SO₂ um 75% gegenüber 1982 reduziert. Unter Berücksichtigung aller Luftreinhaltemaßnahmen der Bundesregierung werden

sich die Gesamtemissionen von SO₂ bis 1993 um mehr als 60% verringern.

Umweltfreundlich fahren

2. Zur Reduzierung der Stickstoffoxid-Emissionen haben zahlreiche Aktivitäten der Bundesregierung die Einführung des umweltfreundlichen Autos ermöglicht. Zusätzlich hat die Bundesregierung im Sommer d. J. das Konzept zur Verminderung der Schadstoffemissionen aus Nutzfahrzeugen und Krafträder verabschiedet und zur Verstärkung des Anreizes für bleifreies Benzin die Änderung des Mineralölsteuergesetzes beschlossen. Inzwischen gibt es in der Bundesrepublik Deutschland ein flächendeckendes Netz von über 3 000 Bleifrei-Tankstellen.

Das umweltfreundliche Auto fährt — mit bis 1987 befristeter Ausnahme für die Kleinwagen — mit deutlich niedrigeren Grenzwerten, als von den Wissenschaftlern empfohlen. Die bei der EG durchgesetzten Grenzwerte sind für die Fahrzeuge über 2 l Hubraum um 35% und für die Fahrzeuge zwischen 1,4 und 2 l Hubraum um 20% schärfer als die von der früheren SPD-geführten Bundesregierung in über einem Jahrzehnt nicht durchgesetzten Grenzwertziele.

3. Besondere Bedeutung kommt auch der Herabsetzung der Kohlenwasserstoffemissionen zu. Der Einfluß der Kohlenwasserstoffemissionen auf die Bildung von Photooxidantien, die für die Waldschäden mitverantwortlich gemacht werden, ist nach neuesten Untersuchungen auch im Verhältnis zu den Stickoxidedmissionen weit höher, als bisher angenommen wurde. Nach den Berechnungen der TÜV-Studie lassen sich bis 1995 Mindernisse der jährlichen Emissionen von Kohlenwasserstoffen aus Pkw's um 64% erreichen.

Erfolgreiche Aktion: Rettet den Wald

4. Zur Intensivierung der Waldschadensforschung sind seit Anfang 1983 erhebliche zusätzliche Mittel zur verstärkten Erforschung der Ursachen der Waldschäden bereitgestellt worden. Insgesamt werden bis jetzt rd. 340 in 1985 laufende Forschungsvorhaben mit einem Gesamtfordervolumen von ca. 85 Mio. DM an Projektmitteln im engeren Bereich der Ursachen-/Wirkungsforschung gefördert.

Darüber hinaus ist zur verstärkten Koordinierung der Waldschadensforschung die interministerielle Arbeitsgruppe „Waldschäden/Luftverunreinigungen“ gebildet worden.

Die bisherigen Erkenntnisse zu den Ursachen der Waldschäden bestätigen die Umweltpolitik der Bundesregierung, die — am Vorsorgeprinzip orientiert — der Luftreinhaltung höchste Priorität einräumt. Die Bundesregierung ist sich bewußt, daß ihre Luftreinhaltepolitik mit großen finanziellen Belastungen für alle Betroffenen verbunden ist. So wird das allein durch die Großfeuerungsanlagen-Verordnung und die TA Luft bedingte Investitionsvolumen auf rd. 30 Mrd. DM geschätzt. Hierbei muß aber berücksichtigt werden, daß die Reinhaltung der Luft nicht nur zur Erhaltung des Waldes, sondern auch zum Schutz der menschlichen Gesundheit, des Bodens, der Gewässer, von Tieren und Pflanzen, von Gebäuden und Baudenkältern unverzichtbar ist.

5. Soweit der Sachverständigenrat wälbauliche Maßnahmen sowie Energieeinsparung und rationelle Energienutzung empfiehlt, sind diese ebenso wie die Luftreinhaltemaßnahmen Bestandteil des Aktionsprogramms „Rettet den Wald“ bzw. der Energiepolitik der Bundesregierung.

Geißler-Brief an das Nobelpreis-Komitee in Oslo

Generalsekretär Heiner Geißler hat dem Nobelpreis-Komitee in Oslo den nachfolgenden Brief geschrieben. Angefügt ist die deutsche Übersetzung der unter anderem von Dr. Tschasow unterzeichneten Resolution der Sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften gegen Andrej Sacharow.

Sehr geehrte Damen und Herren,
Sie haben den Friedensnobelpreis an die Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges verliehen. Der Preis soll am 10. Dezember von den beiden Vorsitzenden dieser Organisation in Oslo entgegengenommen werden. Einer der Vorsitzenden, der sowjetische Arzt Dr. Jewgeni Tschasow, ist unter anderem Mitglied des Obersten Sowjets, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU und Stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion. Wie Sie der beiliegenden Kopie entnehmen können, gehörte Dr. Tschasow 1973 zu den Unterzeichnern einer Resolution der Sowjetischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften gegen Andrej Sacharow. Dieser Aufruf war einer der wichtigsten propagandistischen Grundlagen für eine beispiellose Kampagne der Einschüchterung, der Verleumdung und der Freiheitsberaubung gegen den Nobelpreisträger Sacharow und seine Familie.

Uns allen liegt der Frieden am Herzen. Aber einen Frieden ohne Menschenrechte kann es nicht geben. Wie kann jemand glaubwürdig für den Frieden zwischen den Völkern eintreten, wenn er gleichzeitig durch die Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen Unfrieden im eigenen Land schafft?

Wie will jemand dem Frieden dienen, wenn er, wie Jewgeni Tschasow in dem von ihm

mitunterzeichneten Aufruf vom 2. September 1973, in aller Öffentlichkeit Andrej Sacharow als „Werkzeug feindlicher Propaganda gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder“ bezeichnet und behauptet, durch Sacharows Verhalten werde „die Ehre und Würde eines sowjetischen Wissenschaftlers herabgewürdigt“ und seine Tätigkeit sei „gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion gerichtet“.

Ich glaube nicht, daß es dem Sinn des Friedensnobelpreises entspricht, diese Auszeichnung jemandem auszuhändigen, der sich in dieser Weise an der Verfolgung und am Rufmord eines Bürgerrechtlers und angesehenen Wissenschaftlers beteiligt. Können Sie es wirklich billigen, daß Jewgeni Tschasow dem Nobelpreisträger Sacharow vorwirft, er gehe „am Zügel der aggressivsten imperialistischen Kräfte, die versuchen, die Flamme eines Weltkrieges zu entzünden“?

Ich muß Sie auch, angesichts der Zugehörigkeit von Dr. Tschasow zur obersten politischen Führung der Sowjetunion, fragen, ob es mit den Prinzipien Ihres Komitees für die Preisvergabe vereinbar ist, daß ein politisch führender Repräsentant eines Landes, das seit über 5 Jahren einen blutigen Krieg gegen das afghanische Volk führt, den Friedensnobelpreis überreicht bekommt? Es ist wohl nicht zu bestreiten, daß dieser Krieg gegenüber der Bevölkerung eines kleinen Landes einem kalkulierten Völkermord gleichkommt.

Ich weise Sie außerdem darauf hin, daß der sowjetische Psychiater Marat Vartanyan, der den eindeutig bewiesenen Mißbrauch der Psychiatrie zur Verfolgung von Dissidenten in der Sowjetunion mehrfach öffentlich verteidigt hat, ebenfalls ein her-

ausragendes Mitglied der von Ihnen gewürdigten Organisation „Internationale Vereinigung der Ärzte zur Verhinderung des Atomkrieges“ ist.

Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Vergabe des Friedensnobelpreises ein Ereignis von hohem politischen und moralischen Rang. Ich gehe davon aus, daß Ihnen die von mir genannten Tatsachen bei Ihrer Entscheidung über die Verleihung des Friedensnobelpreises nicht bekannt gewesen sind. Wenn Sie Ihre Entscheidung, die ich für falsch halte, nicht rückgängig machen wollen, dann möchte ich Sie bitten zu prüfen, ob Sie es verantworten können, Dr. Tschasow ausgerechnet am 10. Dezember, dem Tag der Menschenrechte, in einer feierlichen Veranstaltung den Friedensnobelpreis zu überreichen. Millionen von Menschen, die in den Diktaturen dieser Erde — oft unter Einsatz ihres Lebens — für die Menschenrechte eintreten, würden dadurch verhöhnt werden. Dies würde nicht zuletzt für Andrej Sacharow gelten. Der Friedensnobelpreis wird nicht mehr viel wert sein, wenn einer der höchsten Mitglieder der sowjetischen Regierung denselben Preis ausgehändigt bekommt, den eben diese sowjetische Regierung Sacharow verboten hat, in Empfang zu nehmen.

Jeder, der es mit der Sache des Friedens ernst meint, muß erkennen, daß der Frieden nur dort sicher ist, wo die Menschenrechte verwirklicht sind. Es gibt keinen wahren Frieden ohne die Achtung der Menschenrechte. Die Spannungen zwischen Ost und West sind nicht in erster Linie begründet in der Existenz von Waffen, sondern in der Unvereinbarkeit von Freiheit und Diktatur. Man kann nicht glaubwürdig für den Frieden eintreten und gleichzeitig die Menschenrechte verletzen. Ich möchte Sie daher bitten, den Friedensnobelpreis am 10. Dezember 1985 nicht an Dr. Tschasow zu übergeben.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Dr. Heiner Geißler, MdB

Veröffentlicht in „Iswestija“ am 2. September 1973:

Brief der Mitglieder der Akademie der medizinischen Wissenschaften der UdSSR (unterschrieben von 25 Wissenschaftlern, darunter Dr. Tschasow)

Wir sowjetischen Medizinwissenschaftler sind beleidigt durch das Verhalten des Akademiemitglieds A.D. Sacharow, das die Ehre und Würde eines sowjetischen Wissenschaftlers herabwürdigt. Wir verurteilen entschieden, zusammen mit den Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, seine Tätigkeit, die gegen die Friedenspolitik der Sowjetunion gerichtet ist.

Die verantwortungslosen Ausführungen des Akademiemitglieds A.D. Sacharow gegenüber ausländischen Korrespondenten, seine Verleumdung unseres Volkes und der Außen- und Innenpolitik der Sowjetregierung, rufen bei uns ein Gefühl der Empörung hervor.

Indem er gegen den Kurs der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, gegen die Linie unserer Partei und Regierung zur Entwicklung wissenschaftlicher und kultureller Zusammenarbeit auftritt, maßt er sich die Rolle eines „Humanisten“ und „Verteidigers der Bürgerrechte“ an. Er verleumdet unser gesellschaftliches System, das in den Jahren der Sowjetmacht aufgebaut wurde und die besten Bedingungen für das Gesundheitswesen und die Entwicklung der medizinischen Wissenschaft geschaffen hat. Damit hat sich A.D. Sacharow in Wirklichkeit in ein Werkzeug feindlicher Propaganda gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder verwandelt.

Indem er die Wirklichkeit unseres Lebens grob entstellt, geht A.D. Sacharow am Zügel der aggressivsten imperialistischen Kräfte, die versuchen, die Flamme eines

Weltkrieges zu entzünden und der Menschheit neue Leiden zu bringen.

Wir, die Vertreter des humansten Berufs, haben unser Leben und Arbeiten dem Kampf für die Gesundheit des Volkes gewidmet. Für uns klingt jede Äußerung wie ein Lästerung, die gegen die Festigung des Friedens und die Entspannung internationaler Konflikte gerichtet ist. Zusammen mit dem gesamten Sowjetvolk billigen und unterstützen wir ganz und vollkommen den außenpolitischen Kurs der Sowjetunion zur Realisierung eines Friedensprogramms.

Wir sind stolz auf die Erfolge der Sowjetunion auf allen Gebieten der Volkswirtschaft, der Wissenschaft und Kultur. Die Erfüllung der auf dem 24. Parteitag beschlossenen Pläne zur Entwicklung unseres Staates bildet die notwendige Basis für eine weitere Erhöhung des Lebensstandards der Sowjetmenschen und dient den Interessen der Stärkung des Friedens auf der ganzen Welt.

Dieses will das Akademiemitglied A.D. Scharow, das den Kontakt zu seinem Volk verloren hat, nicht begreifen. Sein Verhalten ist im Kern jedem Sowjetwissenschaftler fremd. ■

Unions-Juristen beim Bundespräsidenten

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am 7. November 1985 den vom Staatsminister beim Bundeskanzler Friedrich Vogel, MdB, geleiteten Vorstand des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) zu einem Meinungsaustausch über rechtspolitische Fragen empfangen.

Auf Seiten des BACDJ nahmen an dem Gespräch auch die Justizminister und -senatoren der von CDU und CSU regierten Bundesländer sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises Juristen der CSU, Staatssekretär Wilhelm Vorndran, teil.

Gegenstand des Gespräches waren u.a. die Themen des nächsten Deutschen Juristentages. Weiterhin berichtete der BACDJ-Vorsitzende Friedrich Vogel über die Vorbereitungen des 4. Rechtspolitischen Kongresses von CDU und CSU am 24. und 25. Januar 1986 in Karlsruhe, der unter dem Leitwort stehen wird: **Recht sichert die Freiheit, Menschenwürde als Maßstab der Rechtspolitik.**

Dieter Pützhofen: Nicht in Minderheitenpositionen einrichten

Mit einer Ruhrgebietsinitiative will die rheinische CDU die von der SPD beherrschte politische Landschaft dieser Region zu ihren Gunsten verändern. Dies kündigte der neue rheinische CDU-Vorsitzende Pützhofen in Düsseldorf vor der Delegiertenversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung (KPV) der Union in Nordrhein-Westfalen an. Bei der Zusammenkunft wurde Landesvorsitzender Peter Daners aus Grevenbroich mit 247 von 264 Stimmen wiedergewählt. Seine Stellvertreter sind Theodor Elting aus Castrop-Rauxel, Ingrid Siebeke aus Mettmann und Werner Schwack aus Borken.

Nach Ansicht Pützhofens darf sich die CDU im Ruhrgebiet auf Dauer nicht mit der Oppositionsrolle zufrieden geben, während es gleichzeitig in anderen Kreisen gelinge, für die Union Mehrheiten zu erringen. Er forderte seine Partei auf, aus dem Vorbild von Berlin und Frankfurt zu lernen. Die Union dürfe sich im Ruhrgebiet nicht dauerhaft „in Minderheitenpositionen einrichten“.

Farthmanns „Solidarsteuer“ trifft auch die kleinen Einkommen

Der Vorschlag des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, eine „Solidarsteuer“ in Höhe von zehn Prozent der Lohn- und Einkommensteuer einzuführen, um damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen zu wollen, ist eine neue Variante aus der SPD, fragwürdige öffentliche Beschäftigungsförderungsmaßnahmen entweder durch unvertretbare zusätzliche Abgabenbelastung der Bürger oder erhöhte Staatsverschuldung zu finanzieren.

Neu an dem Vorschlag ist, daß Farthmann auch Bezieher kleinerer und

mittlerer Einkommen zur Kasse bitten will. Damit ist er auf den Widerspruch des SPD-Steuerexperten Spöri gestoßen, der aber seinerseits wieder eine von der SPD schon früher vorgeschlagene Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen ins Spiel gebracht hat.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktionerteilt nach wie vor allen Vorschlägen aus der SPD eine klare Absage, öffentliche Haushalte zum wesentlichen Träger von Maßnahmen zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit zu machen, erklärt Bernhard Jagoda, Arbeits- und Sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Neue-Heimat-Skandal: Glaubwürdigkeit des DGB schwer angeschlagen

Die soziale Demontage und der Sozialabbau gegenüber den einkommensschwachen Mietern bei der „Neuen Heimat“, wie sie durch den massenhaften Ausverkauf der DGB-eigenen Sozialwohnungen entstehen, sind scharf zu kritisieren. Es ist empörend, daß der DGB-Aufsichtsrat diesen Skandal auch noch billigt, erklärte der CDU-Abgeordnete Helmut Link in Bonn. Der DGB-Vorstand und sein Vorsitzender Breit müssen sich fragen lassen, wie sie den sozialen und gewerkschaftspolitischen Schaden, der sich immer mehr ausbreitet, eingrenzen wollen. Das rücksichtslose Vorgehen der „Neuen Heimat“ mit Billigung des DGB-Vorstandes hat die soziale Glaubwürdigkeit des DGB schwer beschädigt und angeschlagen.

Die Krönung erfährt die Sache dadurch,

daß immer mehr Stimmen nach dem Staat und der öffentlichen Hand zur Rettung der Sozialwohnungen rufen.

Im Klartext heißt dies: Der Staat und die öffentliche Hand sollen die Mieter bei der „Neuen Heimat“ vor den unsozialen Praktiken des DGB schützen. Tiefer kann man als Gewerkschaft im öffentlichen Ansehen nicht sinken. Schämt sich denn im DGB-Bundesvorstand niemand?

Banken erwarten für 1986 andauernden Aufschwung

Die deutschen Banken erwarten eine Fortsetzung der Konjunkturerholung im nächsten Jahr. Anlässlich der Mitgliederversammlung des Bundesverbandes deutscher Banken sagte dessen Präsident, Hanns Christian Schroeder-Hohenwarth, in Bonn, der Wirtschaftsaufschwung werde sich 1986 zumindest im bisherigen Tempo fortsetzen.

Aufbruch in ein fortschrittliches Europa

Die EUREKA-Konferenz von Hannover ist ein voller Erfolg für Europa und für die Bundesrepublik Deutschland. 18 Teilnehmerstaaten haben sich auf die Durchführung von 10 europaweiten Forschungsprojekten geeinigt. Die deutschen Vorschläge, Projekte der Laserentwicklung, die Erfassung von grenzüberschreitenden Schadstoffen und die Schaffung eines europäischen Forschungsinformationsnetzes sind in die Liste der 10 europäischen Projekte aufgenommen worden.

Zu den weiteren Projekten zählt z.B. die Schaffung von Standards für Computer, die Entwicklung von hochleistungsfähigen Sonnenenergiezellen, Robotersysteme, aber auch die exaktere Erforschung von Aids. Im Falle von Aids ist interessant, daß beschlossen worden ist, die Erkenntnisse des deutschen Nobelpreisträgers für Medizin aus dem Jahre 1984, Georges Köhler, zu immunbiologischen Untersuchungen zu verwenden.

Eines ist jedoch nach Auffassung von MDB Christian Lenzer klarzustellen: Die EUREKA-Projekte sind keine originären Raumfahrtprojekte, sondern sind technische Schlüsselbereiche, die indirekt natürlich auch für die Raumfahrt von Interesse sein können. Insofern kann EUREKA nicht als Alternative zum amerikanischen Vorschlag eines weltraumgestützten Verteidigungssystems gelten, wofür ganz andere Maßstäbe eine Rolle spielen. Im übrigen hat sich anläßlich der EUREKA-Konferenz etwas Erstaunliches abgespielt: Bei allen Teilnehmerstaaten besteht der feste Wille zur Einrichtung einer Minimal-Bürokratie, damit die Durchführung der Projekte nicht wie sonst im europäischen Bereich durch bürokratische Strukturen überfrachtet wird. Europa

macht hier den bereits seit langem von der Union geforderten ernsthaften Versuch, sich selbst aus dem bürokratischen Sumpf zu ziehen. Erstmalig wird der Versuch unternommen, europäische Forschungsprojekte durch ein kleines flexibles Sekretariat oder auch nur einen Arbeitsstab seitens der EUREKA-Ministerkonferenz zu managen.

Der Wille zur Einrichtung nur einer Minimal-Bürokratie bietet im übrigen auch kleineren und mittleren Unternehmen und Forschungsinstituten gute Startchancen hinsichtlich der Teilnahme an der Forschung, worauf die deutsche Seite großen Wert gelegt hat und bei den anderen Teilnehmerstaaten auch auf Zustimmung gestoßen ist.

Zur Finanzierung der EUREKA-Projekte ist es sicherlich notwendig, daß nach eingehender Prüfung von Fall zu Fall der Staat auch Startgeld zur Verfügung stellen muß. Allerdings bietet EUREKA auch eine besondere europäische Chance, neuartige Finanzierungsmöglichkeiten zu erproben. Hierzu ist insbesondere das europäische Bankensystem aufgerufen, z.B. über die Zurverfügungstellung von Risikokapital, der interessierten Industrie entsprechende Angebote zu machen.

Arbeitslosigkeit: Thema Nr. 1

Die Sicherung der Arbeitsplätze bleibt weiter das wichtigste Thema der Bundesbürger. 76 % der Befragten sehen darin das dringendste Problem, ergab eine Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung (GFK).

Verbesserte Beschäftigungschancen und mehr Gerechtigkeit

Als wirksamen Schritt im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und wichtigen Beitrag zur Verbesserung der materiellen Situation längerfristig Arbeitsloser bezeichnete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt, vor dem Bundesrat die 7. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz. Ca. 400 000 Betroffene würden durch die Neuregelung begünstigt.

Der Gesetzgeber verbessert und ergänzt die Instrumente der beruflichen Bildung durch eine breit angelegte Qualifizierungsoffensive. Dabei gilt der Grundsatz, daß eigene Weiterbildungsanstrengungen finanziell belohnt werden. Das geschieht durch die Anhebung des Unterhaltsgeldes bei Teilnahme an beruflichen Bildungsmaßnahmen und die Einführung eines Teilunterhaltsgeldes für junge Arbeitnehmer, die Teilzeitarbeit durch berufliche Weiterbildung ergänzen oder für Per-

sonen, die wegen Kindererziehung nicht an einer Vollzeit-Weiterbildungsmaßnahme teilnehmen können.

Daneben verbessert das Gesetz die soziale Situation älterer und längerfristig Arbeitsloser, indem eine gestaffelte Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld nach dem Lebensalter der Betroffenen vorgesehen ist. Vogt: „Das verhindert ein frühzeitiges Abrutschen in die Arbeitslosenhilfe.“ Zukünftig solle ab 45. Lebensjahr bis zu 16 Monate und ab 55. Lebensjahr bis zu 24 Monate Arbeitslosengeld gezahlt werden. Außerdem sollen Arbeitslose ab 58 zukünftig die Wahl haben, ob sie sich der Arbeitsvermittlung weiter zur Verfügung stellen oder sich innerlich schon auf die Rente umorientieren wollen. Schließlich soll der Schritt Arbeitsloser in die Selbständigkeit für eine gewisse Übergangszeit durch das Arbeitsamt abgesichert werden. Vogt: „Das ist ein Anreiz, das Wagnis einzugehen.“

Führerschein auf Probe

Der Bundesrat hat am Freitag, 8. November 1985, mehrere wichtige Vorlagen zum Straßenverkehrsrecht beraten. Die in einem Gesetzentwurf der Bundesregierung vorgesehene Einführung des Führerscheins auf Probe wurde vom Bundesrat grundsätzlich unterstützt, er wünscht aber, daß der Führerschein auf Probe von vornherein unbefristet eingeführt wird.

Die Bundesregierung hat vorgesehen, daß die neuen Regelungen zunächst nur vier Jahre gelten sollen.

Der geplante neue „Führerschein auf Probe“ zieht Folgerungen aus der Feststellung, daß Fahranfänger besonders

häufig an Verkehrsunfällen beteiligt sind. Bei der Fahrerlaubnis auf Probe soll sich jeder Fahranfänger in den ersten zwei Jahren nach dem Erwerb der Fahrerlaubnis besonders bewähren. Die Fahrerlaubnis soll jedoch nicht auf die Dauer der Probezeit befristet werden. Vielmehr sollen nur bei Nichtbewährung innerhalb der Probezeit je nach Häufigkeit der begangenen Verkehrszuwiderhandlungen Sanktionsmaßnahmen greifen (Teilnahme an einem Nachschulungskurs bzw. Wiederholung der Fahrerlaubnisprüfung). Der Gesetzentwurf enthält noch weitere Verbesserungen der Verkehrssicherheit, beispielsweise den Wegfall der Fahrschülerausbildung durch Laien.

Wehrdienst als Bürgerpflicht oder Pflichtübung?

Die Wehrgerechtigkeit, die ethischen Grundlagen des Wehrdienstes und die politische Bildung in der Bundeswehr standen im Mittelpunkt des 7. Konrad-Adenauer-Haus-Gespräches am 7. November 1985, zu dem Generalsekretär Heiner Geißler unter der Fragestellung „Ja zur Freiheit — Nein zur Bundeswehr? Wehrdienst als Bürgerpflicht oder Pflichtübung?“ Soldaten, Wissenschaftler, Politiker und Vertreter der „Friedensbewegung“ eingeladen hatte.

In seinen Begrüßungsworten rief Generalsekretär Heiner Geißler zu mehr Unterstützung durch die Öffentlichkeit für die Bundeswehr auf. Als Armee für den Frieden verdiene sie die Unterstützung uneingeschränkt. Geißler forderte die Zuhörer auf, an den öffentlichen Gelöbnissen teilzunehmen, deren Zahl sich unter der jetzigen Bundesregierung verdreifacht habe, um so den Wehrpflichtigen zu zeigen, daß die Bundeswehr eine Armee aus der Mitte der Bürger ist.

Nachdrücklich trat der Generalsekretär für die Herstellung größerer Wehrgerechtigkeit ein. Niemand könne länger Verständnis dafür aufbringen, daß mehr als ein Drittel der jungen Männer im wehrfähigen Alter weder Wehr- noch Zivildienst leistet. Nur eine entscheidend verbesserte Wehrgerechtigkeit könne dafür sorgen, daß die wegen der sinkenden Wehrpflichtigenzahl notwendige Verlängerung des Wehrdienstes auf 18 Monate von allen Betroffenen politisch mitgetragen wird.

In der Expertenrunde diskutierten unter der Leitung von Dr. Peter Staisch vom NDR-Fernsehen Markus Berger, MdB,

Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik der CDU, Prof. Dr. Wilfried von Bredow, Marburg, Christoph Böhr, Bundesvorsitzender der Jungen Union, Peter Hintze, Bundesbeauftragter für den Zivildienst, die Soldaten Helmut P. Jermer, Dr. Wolf-Ullrich Jorke und Helmut Müller, Ansgar Koschel von Pax Christi, General a. D. Ulrich de Maizière, Prof. Dr. Gerhard Wittkämper, Universität Münster, sowie Andreas Zummach, Aktion Sühnezeichen.

Ulrich de Maizière, Generalinspekteur der Bundeswehr von 1966 bis 1972, legte ein nachdrückliches Bekenntnis für die ethische Verantwortung der Soldaten im Atomzeitalter ab. De Maizière betonte, die christliche Nächstenliebe gebiete es, Unrecht und Gewalt vom Nächsten abzuwenden. Daher sei auch die Entscheidung für den Dienst als Soldat eine der christlichen Ethik entsprechende Gewissensentscheidung.

Ein deutlicher Akzent der Diskussion, in die auch das Publikum eingriff, lag auf den Mängeln der politischen Bildung in der Bundeswehr. Vor allem junge Wehrpflichtige beklagten das geringe Niveau des Unterrichts. Jugendoffizier Helmut Jermer forderte daher in der Diskussion, daß die politische Bildung trotz der bereits bestehenden Bemühungen noch weiter aufgewertet werden müsse, gerade im Hinblick auf den Sinn des Wehrdienstes. Jermer wörtlich: Zu häufig ist da kein Wissen, wenn die Frage nach dem Warum, Wofür und Wie gestellt wird.

Die Experten waren sich einig, daß diese Aufgabe besonders in den Schulen geleistet werden müsse. Niemand könne von

Wahlerfolg der Christdemokraten

Das für die Christdemokraten erfolgreiche Ergebnis der Wahlen in Guatemala hat gezeigt, daß das Land durch die ersten demokratischen Wahlen seit 20 Jahren auf dem Weg von der Militärdiktatur in demokratische Verhältnisse ist. Von den 75 Prozent der bisher ausgezählten Stimmen entfielen ca. 40 Prozent auf den Kandidaten der Christdemokraten Vinicio Cerezo und ca. 21 Prozent auf den Bewerber der Union des Nationalen Zentrums Jorge Carpio.

Die rechtsradikalen Parteien haben eine vernichtende Niederlage erlitten. Zwar wird es am 8. Dezember noch eine Stichwahl geben, es besteht aber kein Zweifel mehr an der Wahl des 42jährigen Rechtsanwalts Vinicio Cerezo. Wir können dies als einen internationalen Erfolg der Christdemokraten ansehen. Die Aufgabe der Bundesrepublik Deutschland muß es jetzt sein, zur Stabilisierung des Demokratisierungsprozesses durch verstärkte finanzielle und technische Hilfe beizutragen, damit das Land aus dem Teufelskreis von Gewalt und politischem Mord herauskommt. Unsere Entwicklungspoli-

tik sollte in gleicher Weise erhöht werden wie dies nach den demokratischen Wahlen im Nachbarland El Salvador auch geschehen ist, stellt MdB Winfried Pinger, Entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, fest.

Guatemala selbst muß aber erhebliche wirtschaftliche und politische Anstrengungen unternehmen: Die Bevölkerung wächst zu stark, Wirtschaft und Staat waren bisher nicht in der Lage und willens, die nötigen Arbeitsplätze zu schaffen, das Steuersystem ist dringend reformbedürftig, da es einseitig die Gruppen mit hohem Einkommen und großem Vermögen begünstigt. Die ständig steigende Auslandsverschuldung muß gesenkt werden, es muß eine Gesellschaftsstruktur geschaffen werden, die es auch den Ladinos und Indianern ermöglicht, unter menschenwürdigen Bedingungen und Verhältnissen zu leben.

Wenn Vinicio Cerezo es schafft, ein politisches System durchzusetzen, in dem die Menschenrechte respektiert und die politische Teilnahme aller Gruppen erreicht wird, ist Guatemala ein gebührender Platz in der internationalen Staatengemeinschaft sicher. Die Weichen sind gestellt, Optimismus ist angezeigt. Unsere Aufgabe ist es, Guatemala den Rücken zu stärken. ■

der Bundeswehr verlangen, daß sie in 15 Monaten die Versäumnisse von vielen Jahren Schulausbildung aufarbeiten könne, bemerkte Prof. Dr. Bernhard Fleckenstein, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr. General de Maizière warnte jedoch vor falschen Akzentsetzungen, denn die politische Bildung sei nicht die primäre Aufgabe der Streitkräfte.

Gegen Ende der Veranstaltung wandte

sich CDU-Generalsekretär Heiner Geißler in einer scharfen Kontroverse gegen die sogenannte „Friedensbewegung“, der er vorwarf, sie schüre in unverantwortlicher Weise die Kriegsangst und lenke damit von den wahren Problemen ab. Das eigentliche Problem der internationalen Politik seien nicht Rüstungen und Streitkräfte, sondern es bestünde in der Angst der linken und rechten Diktaturen vor den Ideen der Freiheit.

Weitere Steuervergünstigungen für bleifreies Benzin ab 1. Januar 1986

Das von uns allen so geliebte Auto trägt zur Umweltverschmutzung bei. Umweltschutz ist nicht allein Sache des Staates, sondern vor allem des Verursachers, damit auch des Autofahrers. Abhilfe ist möglich. Je mehr Bürger bleifrei fahren, desto geringer ist der Schadstoffausstoß. Solange aber umweltfreundlicher Kraftstoff wegen der erhöhten Herstellungskosten teurer ist als bleifreies Benzin, ist nicht mit einer schnellen Verringerung der durch Personenkraftwagen verursachten Umweltbelastungen zu rechnen.

Deshalb hat sich die Bundesregierung entschlossen, für umweltfreundliches Benzin steuerliche Vergünstigungen zu geben. Bereits seit 1. April 1985 wird bleifreies Benzin um vier Pfennig je Liter weniger besteuert. Gleichwohl wird es in der Regel noch immer zwei Pfennig teurer als herkömmlicher Kraftstoff an den Tankstellen angeboten. Wegen der bisher unbefriedigenden Nachfrage nach umweltfreundlichem Benzin soll die Mineralölsteuer weiter gesenkt werden, so daß bleifreies Benzin an den Tankstellen billiger als bleihaltiger Treibstoff oder zumindest preisgleich angeboten werden kann.

Wie hoch fallen nun die Steuererleichterungen für umweltfreundliches Benzin im Vergleich zur Mineralölsteuer von 53 Pfennig bei verbleitem Kraftstoff aus? Die Rechnung sieht so aus:

- sieben Pfennig Entlastung für den Zeitraum vom 1. Januar 1986 bis zum 31. März 1987;
- sechs Pfennig Entlastung für den Zeitraum vom 1. April 1987 bis zum 31. März 1988;

■ fünf Pfennig Entlastung für den Zeitraum vom 1. April 1988 bis zum 31. März 1989.

Die Mineralölindustrie steht im Wort, die Steuervorteile an die Kraftfahrer weiterzugeben.

Manche wenden ein, diese Steuersenkungen seien immer noch nicht ausreichend. Dagegen ist zu sagen, daß eine noch weitergehende Verringerung der Mineralölsteuer für unverbleites Benzin wegen der damit verbundenen Steuerausfälle ein großes Loch in die Haushaltsskasse reißen würde. Deshalb wäre eine weitere Senkung nur zu verantworten, wenn die Mineralölsteuer für bleihaltiges Benzin erneut erhöht würde, erklärt MdB **Hansjörg Häfele**, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen.

Ab sofort sollten möglichst viele Autofahrer bleifrei tanken. Rund 50 Prozent aller zugelassenen Autos, auch viele ohne Katalysator, vertragen bleifreies Benzin.

Gespräch mit Vertretern von Sinti und Roma

Zu einem rund dreistündigen Meinungsaustausch hat der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, MdB Karl Miltner, den Zentralrat deutscher Sinti und Roma unter seinem Vorsitzenden Romani Rose empfangen. In dem Gespräch ging es vor allem um nach wie vor bestehende Benachteiligungen von Sinti und Roma. Besondere Bedeutung kommt nach übereinstimmender Auffassung aller Sitzungsteilnehmer insbesondere verbesserten Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten zu.

Konrad-Adenauer-Preis: 24 Auszeichnungen

Zum vierten Mal hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands den Bundeswettbewerb „Konrad-Adenauer-Preis für Kommunalpolitik“ ausgeschrieben. 1976 wurde der Konrad-Adenauer-Preis zum ersten Mal und anlässlich des 100. Geburtstages von Konrad Adenauer vergeben. Der Preis wird alle drei Jahre verliehen. Ein Geldpreis ist auf Wunsch der Familie Adenauer nicht mit der Ehrung verbunden.

Mit dem Konrad-Adenauer-Preis sollen Leistungen ausgezeichnet werden, die der Förderung des Gemeinwesens und des Gemeinsinns dienen. Die Ideen und die Verantwortungsbereitschaft einzelner oder einer Gruppe für die Gemeinschaft,

die sie im Rahmen kommunaler Politik verwirklichen, werden mit dem Preis gewürdigt. Wichtig für die Vergabe des Preises ist die herausragende Einzelleistung von Bürgerinitiativen, Vereinen, Verwaltungen, Fraktionen, Einzelpersonlichkeiten, etc. Es werden solche Initiativen beim Wettbewerb berücksichtigt, die die Verbesserung der sozialen Lebensverhältnisse oder die den Bereich der Bildung, der Kultur und des Umweltschutzes fördern.

Die Bundesprüfungskommission zur Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises mußte bei dem diesjährigen Wettbewerb unter Hunderten von Einsendungen auswählen. In einer Feierstunde im Kolosseum der Hansestadt Lübeck werden am 16. November 1985 die 24 Preisträger ausgezeichnet.

Das Preisgericht für den Bundeswettbewerb 1985 hat 22 Preisträger und 2 Sonderpreisträger ermittelt. Im folgenden sind alle Preisträger aufgeführt.

Die Preisträger des Bundeswettbewerbes

Gold

1. Förderkreis für Denkmalpflege in der Stadt Bad Münstereifel e. V.
2. Biotop-GmbH Syke
3. Arbeitsgemeinschaft Bamberg-Lübeck-Regensburg
4. Rundschau - Altenhilfswerk „Die gute Tat“

Silber

1. Verein Altstadtfreunde Nürnberg e. V.
2. Verein Schieferbergbau- und Heimatmuseum Holthausen e. V.
3. Westerwaldkreis
4. Heimathausverein Delbrück e. V.
5. Bürgerinitiative Rumpenheim e. V. und der CDU-Fraktion Offenbach
6. Karlsruher Förderkreis Kultur- und Sportzentrum für Hörgeschädigte e. V.
7. Initiative Freizeit und Begegnung e. V. Ingolstadt
8. Stadt Bonn — Dezernat für Jugend und Schule

9. Stadt Krefeld

Bronze

1. Landkreis Deggendorf
2. Gemeinde Harrislee
3. Bürgerverein Ebern
4. Stiftung Naturschutz des Landkreises Diepholz
5. Verein Mutter-Kind-Hilfe e. V. Ostbevern
6. Verein für Berufsausbildung Limburg-Weilburg e. V.
7. Bürger der Gemeinde Langenberg
8. Nachbarschaftshilfe in den Gemeinden Vaterstetten, Zorneding und Grasbrunn e. V.
9. Verein Jordsand zum Schutze der Seevögel und der Natur e. V.

Sonderpreise in Gold

1. Herr Burghart
2. Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände e. V.

Leitanträge zum Schutz des werdenden Lebens und zur neuen Technologie gebilligt

Stolz auf das, was sie in 40 Jahren ununterbrochener Regierungsverantwortung aus diesem Land gemacht hat und entschlossen, die Herausforderungen von morgen offensiv anzunehmen: So präsentierte sich die rheinland-pfälzische CDU auf ihrem 30. Landesparteitag in Rockenhausen in der Pfalz.

Die Debatten wurden vor allem von zwei großen Themenbereichen bestimmt: Die Möglichkeiten der modernen Technologien zur Sicherung der wirtschaftlichen Zukunft und die Offensive für das werdende Leben. In einem Leitantrag des Landesvorstandes zum Thema Neue Technologien wirtschaftlich nutzen, menschlich gestalten, ließ die CDU keinen Zweifel darüber, daß man einerseits entschlossen ist, entgegen allen Skeptizismen die Möglichkeiten dieser Technologien zu nutzen, um eine lebenswerte Zukunft auch in das kommende Jahrhundert hinein zu schaffen. Gleichzeitig machte der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, jedoch auch unmißverständlich klar, daß sich die CDU nicht nur von denen distanziert, die jeden Fortschritt verteufeln, sondern auch von denjenigen, die dem Fortschritt um jeden Preis das Wort reden. Der Landesvorsitzende rief noch einmal in Erinnerung, daß bereits eine Expertenkommission eine Studie Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung erarbeitet habe, die auf einem eigenen Fachkongreß der Partei erörtert worden sei. Damit sei jedoch die Diskussion nicht zu Ende, sondern lediglich eine Positionsbeschreibung vorgenommen worden. In einigen Bereichen

des Doppelhaushaltes hat die Landesregierung daraus auch schon erste Konsequenzen gezogen: Immerhin 80 Millionen Mark wurden in einem ersten Schritt mehr eingesetzt, um Grundlagenforschung zu fördern, den Technologientransfer zu verbessern, und vor allem kleinere und mittelständische Betriebe im Land stärker als bisher zu beraten. Ganz deutlich hob der Ministerpräsident hervor, daß es vor allem um die kleineren und mittleren Betriebe geht: Die großen können sich selber helfen.

Bernhard Vogel machte auch deutlich, daß zwar neue Technologien entwickelt und eingesetzt werden müssen, um auf Dauer Arbeitsplätze zu sichern und zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen. Es gehe jedoch nicht um Wachstum um jeden Preis. Die CDU verspricht sich vom Einsatz der neuen Technologien auch eine weitere Humanisierung der Arbeitsbedingungen und Chancen für eine flexiblere Arbeitszeit, wie auch für den Umweltschutz. Der Landesvorsitzende rief die Delegierten auf, die aktuellen Probleme der neuen Technologien in der ganzen Breite der Partei weiter zu diskutieren. Auf besonders große Resonanz stieß bei den Delegierten auch der Leitantrag zur Offensive für den Schutz des Lebens. Darin beschloß der Parteitag, im Jahre 1986 einen Kongreß auf Landesebene durchzuführen, der sich mit dem Leben, vor allem dem Schutz des ungeborenen Lebens beschäftigen soll. Nachdrücklich unterstützte der Landesparteitag auch die Bundesratsinitiative der Landesregierung von Rheinland-Pfalz zur

Neuregelung der Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherungen bei nicht rechtswidrigem Schwangerschaftsabbruch. Die Delegierten forderten die anderen Länder auf, diese Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zu unterstützen. Der Landesvorsitzende, Ministerpräsident Bernhard Vogel, erhielt großen Beifall der Delegierten für seine Forderung, daß die erkrankten Wälder und die Robbenbabies und die Tierversuche nicht länger und intensiver diskutiert werden als Schutz und Hilfe für das ungeborene menschliche Leben.

Besonderen Wert legte der Ministerpräsident noch einmal auf die rein menschliche Hilfe für junge Mädchen, die in eine schwierige persönliche Notlage gekommen seien. Dies sei eine Herausforderung an alle: an die Familien, die Kindesväter, die Nachbarn, die Kirchen und auch an die Regierungen und Parlamente.

Befriedigt zeigte sich der Ministerpräsident darüber, daß durch die Initiative von Rheinland-Pfalz eine Bewußtseinsbildung in der ganzen Bundesrepublik in Gang gekommen sei: Ein wesentliches politisches Ziel der rheinland-pfälzischen Initiative ist offenkundig schon erreicht. Der Stein, den Rheinland-Pfalz ins Wasser geworfen hat, schlägt Wellen. Diese Tatsache wiegt um so mehr, als es bis zum Sommer 1985, wie Bernhard Vogel ins Gedächtnis rief, geradezu ein politisches Tabu war, auch nur Randbereiche dieses Themas anzusprechen. Vogel umriß noch einmal deutlich die Motivation für die rheinland-pfälzische Initiative: Es gibt Themen, da darf man nicht nur taktisch denken. Da muß zumal die Union den Mut haben, auch einmal ein heißes Eisen anzufassen.

Offensiv werden wollen die rheinland-pfälzischen Christdemokraten auch noch an der grünen Front: **Die Delegierten beschlossen für das nächste Jahr einen agrar-**

politischen Fachkongreß der Partei. Landesvorsitzender Bernhard Vogel hatte in seiner Rede bedauert, daß in der breiten Öffentlichkeit weitgehend das Bewußtsein für die schwierige Situation der Landwirtschaft fehle. Der Zeitpunkt für eine grundsätzliche Neuorientierung der Agrarpolitik der EG sei gekommen. Rheinland-Pfalz werde unter Wahrung der besonderen Interessen der Landwirtschaft und des Weinbaus im Lande seinen Beitrag zu einem neuen Agrarkonzept leisten. Eine Kommission des Landesvorstandes unter Leitung von Landwirtschaftsminister Ziegler ist bereits bei der Arbeit.

Offensiv nahmen die Delegierten schließlich auch eine Ankündigung von Generalsekretär Heiner Geißler auf. In einem einstimmigen Besluß begrüßte der Parteitag die Initiative des Generalsekretärs, das Komitee zur Verleihung des Friedensnobelpreises zu bitten, den Friedensnobelpreis nicht an den sowjetischen Vorsitzenden Jewgeni Tschasow der Vereinigung Ärzte gegen den Atomkrieg auszuhändigen. ■

Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt nicht zu

Die Dauer der Arbeitslosigkeit nimmt nicht mehr zu. Das ergibt sich aus der jüngsten Analyse der Bewegungen am Arbeitsmarkt, deren erste Ergebnisse die Bundesanstalt für Arbeit vorgelegt hat. Danach waren Arbeitnehmer, deren Arbeitslosigkeit zwischen Ende Mai und Mitte Juni dieses Jahres zu Ende gegangen ist, durchschnittlich 6,8 Monate arbeitslos gewesen, gegenüber knapp 6,9 Monaten ein Jahr zuvor und 5,3 Monaten im Jahre 1982. Für Arbeitnehmer mit abgeschlossener Berufsausbildung dauerte die Arbeitslosigkeit im Durchschnitt sechs Monate und für diejenigen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sieben-einhalb Monate.

Für die Kommunalwahl gut gerüstet 50,1 Prozent sind zu verteidigen

Ein Bild äußerster Einigkeit und Geschlossenheit bot der CDU-Landesverband Schleswig-Holstein am 8./9. November 1985 auf seinem 38. Landesparteitag im Ostseebad Eckernförde. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wurde in seinem Amt als Landesvorsitzender, das er seit 1971 ausübt, eindrucksvoll bestätigt: Er erhielt 358 von 369 abgegebenen Stimmen, das sind mehr als 97 Prozent.

Neben der Neuwahl des Landesvorstandes, zu Stellvertretern wurden der CDA-Landesvorsitzende Eberhard Dall'Asta, der Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, Landwirtschaftsminister Günter Flessner und erstmals die Landesvorsitzende der Frauenvereinigung Gudrun Hunecke gewählt, standen eine Rede des Bundeskanzlers und die Verabschiedung des Rahmenprogramms zur Kommunalwahl im Vordergrund. Dabei zeigte sich, daß der 42 000 Mitglieder umfassende Landesverband nicht nur im personellen Bereich für Einigkeit und Kontinuität steht, sondern auch sachpolitisch geschlossen aufzutreten weiß. Das in mehr als sechsmonatiger Arbeit in allen Gremien und Gliederungen der Partei beratene Wahlprogramm für die Kommunalwahl am 2. März 1986 fand die einstimmige Zustimmung des Parteitages.

Damit geht die CDU gut gerüstet in diesen Wahlkampf, um die Mehrheit in den 15 Kreisen und gut 700 Gemeinden und Städten des Landes zu verteidigen. 1982, bei der letzten Wahl, erzielte die CDU mit 50,1 Prozent ein Traumergebnis, das schwerlich zu wiederholen sein wird.

Dennoch: Die Ausstrahlung ihres Landesvorsitzenden Gerhard Stoltenberg und der Ideenreichtum und die Tatkraft ihres Ministerpräsidenten Uwe Barschel könnten ein solches Ergebnis möglich machen.

Uwe Barschel hatte wenige Tage vor diesem Parteitag sein Kabinett auf zwei Positionen umgebildet. Neuer Justizminister wurde der bisherige Fraktionsvorsitzende Heiko Hoffmann, neuer Wirtschaftsminister als Nachfolger von Jürgen Westphal der Lübecker Wirtschaftssenator Manfred Biermann. Zum neuen Fraktionsvorsitzenden wurde der bisherige Stellvertreter Klaus Kribben gewählt. Alle Änderungen treten zum 16. Dezember in Kraft. Uwe Barschels Revirement nahm der Parteitag mit Zustimmung und anhaltendem Beifall auf.

Zustimmung erntete er auch für seinen Bericht über die Arbeit der Landesregierung. Er hob dabei die Förderung strukturschwacher Räume, die Einrichtung des Nationalparks Wattenmeer, das Soziale Bürgerprogramm, die Beilegung des alten Streits mit Hamburg und die Verbesserung des Verhältnisses zur dänischen Minderheit hervor. In der Kommunalpolitik rief Barschel die Partei zur Wachsamkeit auf. Die gewählten Vertreter müßten das Sagen behalten; Entscheidungen dürfen nicht auf selbsternannte Basisgruppen verlagert werden. Im Wahlkampf werde sich die CDU von der SPD keine Zwergenausgabe eines Bundestagswahlkampfes aufdrängen lassen, nur weil den Sozialdemokraten keine Alternativen zur Landes- und Kommunalpolitik der CDU einfalle. In den Kommunalwahlkampf geht die CDU mit dem Slogan Weiter voran.

Gerhard Stoltenberg würdigte in seinem Jahresbericht die Erfolge der politischen Arbeit in Bonn und Kiel. Nach drei Jahren sei es gelungen, die unmittelbaren Folgen der Schuldenpolitik der letzten Bundesregierung zu beseitigen und den Geldwert wieder stabil zu halten. Obwohl die Bilanz auch in den meisten anderen Bereichen der Regierungsarbeit gut sei, hätten noch nicht alle Probleme gelöst werden können. Dazu gehöre neben der Arbeitslosigkeit auch die Sicherung der Renten. Ihre Reform bezeichnete der CDU-Landesvorsitzende als große Aufgabe der nächsten Legislaturperiode. Kritik übte Gerhard Stoltenberg am Verhalten der Gewerkschaften während ihrer Protestwoche. Wer sich, wie die SPD, als Anwalt der kleinen Leuteinstelle, müsse sich fragen lassen, wie es um die soziale Einstellung in gewerkschaftlichen Unternehmen wie der Neuen Heimat steht. Der Skandal gehe weiter, wenn jetzt sozialdemokratisch-regierte Bundesländer, Städte und Gemeinden über die Wohnungsunternehmen dreistellige Millionenbeträge aufbringen sollten, um der Neuen Heimat wenig rentable Wohnungsbestände abzukaufen. Auch Stoltenberg sieht die CDU in Schleswig-Holstein für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf gut gerüstet.

Anhaltenden Beifall spendeten die rund 400 Delegierten und über 150 Journalisten und Gäste Bundeskanzler Helmut Kohl bei seinem Eintreffen am Sonnabendnachmittag. Sichtlich erfreut von diesem herzlichen Empfang, fand er freundliche Worte für die CDU des nördlichsten Bundeslandes und seinen Stellvertreter in der Bundespartei, Gerhard Stoltenberg. Der Kanzler rief die Bürger der Bundesrepublik Deutschland dazu auf, nach der erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Trendwende nun auch die dazugehörende gedankliche Wende zu vollziehen. Dazu sei es notwen-

dig, sich aus der Verharrung in Zukunfts- und Lebensängsten zu lösen, mit denen die Sozialisten ein Geschäft machen wollten. Der Europessimismus müsse wieder gesundem Optimismus weichen. Dabei könne der Blick zurück in die Anfänge der Bundesrepublik helfen. In diesem Zusammenhang forderte der Bundeskanzler auch dazu auf, in der Familienpolitik eine Trendwende weg von der kinderneutralen oder gar kinderfeindlichen Gesellschaft zur kinderbejahenden Gesellschaft zu vollziehen.

Auch im organisatorischen Bereich war dieser Parteitag für Generalsekretär Rolf Rüdiger Reichardt und seine Mitarbeiter ein voller Erfolg. Die Parteitags-Organisation hatte nicht nur mit dem größten Ansturm an Delegierten, Gästen und Journalisten fertig zu werden, sondern setzte erstmals vor und während des Parteitages die elektronische Datenverarbeitung ein. Dadurch wird es möglich sein, den Delegierten innerhalb einer Woche das beschlossene Programm in gedruckter Form zuzuleiten.

Rita Waschbüsch leitet Fachausschuß Frauen- und Familienpolitik

Zur neuen Vorsitzenden des Bundesfachausschusses „Frauen- und Familienpolitik“ der CDU wurde MdL Rita Waschbüsch als Nachfolgerin von Bundesfamilienministerin Rita Süßmuth gewählt. Die 1940 geborene ehemalige saarländische Sozialministerin und jetzige Vizepräsidentin des saarländischen Landtages, Mutter von fünf Kindern, ist Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft katholischer Frauenverbände im Saarland und Präsidiumsmitglied des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wurde MdBB Roswitha Erlenwein gewählt.

Zur Sache:

Die Kassen sind wieder voll

Die Rentner können sich auf Helmut Kohl verlassen

Mittwochabend im Fernsehen:

Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Rentenversicherungs-träger, Werner Doetsch, erklärte: Die Finanzlage der Renten-versicherung hat sich deutlich ver-bessert.

Das heißt: Die Rentenkassen sind voll, die Renten sind sicher, niemand braucht sich Sorgen zu machen.

Das ist der Erfolg der Regierung Helmut Kohl.

Erinnern Sie sich: Noch vor drei Jahren standen die Rentenkassen fast vor der Zerrüttung. Das war das Ergebnis der unsoliden Wirt-schafts- und Finanzpolitik der SPD.

Heute ist es so: Die Bundesregie-rung Helmut Kohl hat auch die Rente wieder auf eine solide Basis gestellt. Sie hat durch ihre Wirt-schafts- und Finanzpolitik die Wirtschaft angekurbelt. Das bedeutet mehr Beschäftigung und damit langfristige Sicherung der Renten durch höhere Beitragsein-nahmen.

Außerdem: Die stabilen Preise in der Bundesrepublik nützen vor allem den Rentnern. Bei der SPD betrug die Inflation fast 6 Prozent, heute ist die Preissteigerungsrate auf 1,8 Prozent gedrückt. Damit sind die Preise wieder so stabil wie zu Ludwig Erhards Zeiten. Die Inflation frißt den Rentnern ihre Ersparnisse nicht mehr weg.

Rentner, auf die Regierung Helmut Kohl ist Verlaß!

CDU

 **sicher
sozial
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1

Broschüre:

SPD – Partei ohne wirtschaftspolitische Alternative

Die SPD hängt immer noch überholten wirtschaftspolitischen Vorstellungen nach, die unsere Wirtschaft schon einmal zugrunde gerichtet haben. Die Beschäftigungsprogramme der SPD während ihrer Regierungszeit waren teuer und ohne Erfolg. Doch auch heute fordert sie weiterhin neue schuldenfinanzierte Milliardenprogramme: Die SPD ist nach wie vor ohne wirtschaftspolitische Alternative.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 26,50 DM
Bestell-Nr.: 5694



Broschüre:

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition

In der Opposition haben sich in der SPD jene Kräfte durchgesetzt, die einen gefährlichen Kurs vertreten. Die SPD hat in weiten Teilen die Fähigkeit verloren, zu erkennen, welche Werte wir verteidigen, wer die se bedroht und wer unsere Feinde sind. Die Demokratie der Vereinigten Staaten wird mit der totalitären Diktatur der Sowjetunion gleichgesetzt. Diese anti-amerikanischen Tendenzen schaden dem deutschen Interesse.

Mindestabnahme: 50 Stück
Preis pro Mindestabnahme: 24,— DM
Bestell-Nr.: 5688

Der außenpolitische Kurswechsel der SPD in der Opposition

Anti-amerikanische Tendenzen schaden dem deutschen Interesse



Ud
36/85

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Rolf Streubel, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Btx-Nr. + 54411 # **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). **Abonnementspreis:** jährlich 48,— DM. **Einzelpreis:** 1,20 DM. **Druck:** VWA Druck, Düsseldorf.